



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 7

Juli 1971

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

ITF betont Luftfahrtssicherheit auf ICAO-Versammlung 60
Ghana: ITF-Seminar für Eisenbahner 60

Transport und Verkehr

Dänemark: Ehemaliger Minister schlägt Nulltarif vor 61
Grossbritannien: Zweite Lesung der Gesetzesvorlage
über die Bestrafung von Flugzeugentführern 62
Kanada: Neue Gesetzgebung für Schifffahrtslotsen 62
USA: Paritätische Studiengruppen empfehlen umfassende
finanzielle Beihilfe für amerikanische Eisenbahnen 62
Instanz für Förderung der amerikanischen Handelsmarine 63

Gewerkschaften

Schweiz: SEV-Kongress tagt in Davos 63
Schweiz: Weitere Erhöhung der Herbstpauschalvergütung
des Bundespersonals 64
USA: 15. Kongress des Seeleuteverbandes SIU 64
Amerikanische Piloten und FS-Kontrollbeamten fordern
striktere Flugsicherheitsvorschriften 64

Aus der Welt der Arbeit

Frankreich: Schiffsoffiziere intensivieren Kampagne
für höhere Gehälter 65
Frankreich: Luftfahrtsstreik vermieden 64
Israel: Blitzstreik des Luftfahrtspersonals 65
Japan: Erfolgreicher Streik der Eisenbahner um höhere Löhne 66
Japan: Lohnerhöhung für Strassentransportarbeiter 66
Höhere Löhne für japanische Reisebüroangestellte 66
Singapur: Beschäftigungssicherheit für Luftfahrtspersonal 66
Schweden: Gewerkschaften unterzeichnen neuen Tarifvertrag 66
USA: Neuer Tarifvertrag für AAL-Stewardessen 67

PERSONALIEN

67/68

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

68

Bei Redaktionsschluss:

Rhodesien: Eisenbahnergewerkschaft protestiert gegen geplantes Streikverbot	69
Liberien: Regierung ernennt ersten Schiffs- Sicherheitsinspektor	69

Anhang

Vorrang dem öffentlichen Personen-Nahverkehr

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

ITF betont Luftfahrtssicherheit auf ICAO-Versammlung

Vom 15. Juni bis 8. Juli fand in Wien die 18. Tagung der ICAO-Versammlung statt. Kollege M.S. Hoda, Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt nahm an ihr als Beobachter teil und gab am Eröffnungstage in einer Erklärung der grossen Besorgnis der ITF darüber Ausdruck, dass bestimmte Regierungen gegenüber Flugzeugentführern sehr nachsichtig handeln. Ferner ersuchte er die ICAO und andere zuständige UNO-Agenturen, finanzielle und technische Hilfe für Länder bereitzustellen, die nicht in der Lage sind, unentbehrliche Flughafeneinrichtungen zu installieren.

Ausserdem unterbreitete er ein Arbeitsdokument über unzulängliche Flughafeneinrichtungen und Flughafensicherheit und sprach über die Notwendigkeit wirksamer Massnahmen (Sanktionen) mit dem Ziele der Erfüllung von ICAO-Abkommen. Abschliessend beantragte er, dass das Verfahren für die Erstellung und Ratifizierung internationaler Uebereinkommen sobald wie möglich vereinfacht werden sollte, damit diese Abkommen ohne unnötige Verzögerungen in Kraft treten können.

GHANA

ITF-Seminar für ghanesische Eisenbahner

Vom 21. bis 27. Juni fand in Takoradi für Mitglieder des dortigen Eisenbahner- und Hafenarbeiterverbandes ein einwöchiges Bildungsseminar statt. Für die Organisierung des Seminars war unser Aussenvertreter für Afrika, Kollege Ben Udogwu, zuständig. Die 29 Seminarsteilnehmer waren Zweigstellen-Funktionäre der Gewerkschaft und hatten bisher nie Gelegenheit gehabt, an einem systematischen Bildungskurs für Gewerkschafter teilzunehmen. Aus diesem Grunde war das Studienprogramm grundlegenden Aspekten gewidmet, wie z.B.: Aufbau und Organisation, Führung und Verwaltung, Kollektivverhandlungen, Beziehungen zwischen Tarifpartnern, Behandlung von Beschwerden, Gewerkschaftsfinanzen, und Erstellung von Berichten. Ausserdem standen spezifische ghanesische und

berufliche Fragen zur Diskussion, wie z.B. die Rolle der Eisenbahnen im wirtschaftlichen Leben Ghanas, die ghanesische Betriebsgesetzgebung, und Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen bei den ghanesischen Eisenbahnen.

Kollege Udogwu referierte nicht nur über grundlegende gewerkschaftliche Probleme, sondern auch über die ITF und die internationale Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Weitere Referenten kamen vom Zentrum für Arbeitsstudien des ghanesischen Gewerkschaftsbundes, der Regierung und der Eisenbahnverwaltung. Der Generalsekretär des Ghanesischen Eisenbahner- und Hafentarbeiterverbandes, Kollege A.E. Forson, war an der Planung und Durchführung des Seminars aktiv beteiligt.

TRANSPORT UND VERKEHR

DAENEMARK

Ehemaliger Minister schlägt Nulltarif vor

Ein ehemaliger sozialistischer Wirtschaftsminister der dänischen Regierung, Herr Ivar Nørgaard, hat einen Plan für entgeltlose Beförderung im Personenverkehr im Raum Kopenhagen und den zwei angrenzenden Bezirken Frederiksborg und Roskilde formuliert. Mit der Begründung, dass dieser geographische Raum Gegenstand zu vieler, oft widersprüchlicher Pläne ist, hat Herr Nørgaard die Bildung eines Regionalrates für den gesamten Raum vorgeschlagen, dessen Aufgabe es sein würde, über die regionale Entwicklung, die Situierung industrieller Anlagen und Aspekte des Transports und Verkehrs zu entscheiden. Inbezug auf die Verkehrsplanung ist Herr Nørgaard der Ansicht, dass es sehr wohl ökonomisch praktikabel und sogar erwünscht sein könnte, in der dänischen Hauptstadt den Nulltarif im öffentlichen Personenverkehr einzuführen. Die Finanzierung könnte mit Einsparungen auf dem Gebiete des Ausbaus und der Instandhaltung städtischer Strassen für die zunehmende Anzahl von Privatfahrzeugen erfolgen. Der Nulltarif würde seines Erachtens die Einwohner ermutigen, die Autos in Vororten zu parken und für die Fahrt zum Stadtzentrum öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

GROSSBRITANNIEN

Zweite Lesung der Gesetzesvorlage über die Bestrafung von Flugzeugentführern

Das britische Unterhaus hat vor kurzem die zweite Lesung einer Gesetzesvorlage über die Bestrafung von Flugzeugentführern vorgenommen. Gemäss dem geplanten Gesetz können Flugzeugentführer, die im Rechtssprechungsbereich Grossbritanniens festgenommen werden, zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt werden. Die Annahme des Gesetzes wird es Grossbritannien ermöglichen, das im Dezember vorigen Jahres in Den Haag angenommene Internationale Abkommen über die Unterdrückung der gesetzwidrigen Uebernahme der Kontrolle von Flugzeugen zu ratifizieren. Das Gesetz sieht ferner die Festnahme und Auslieferung schuldiger Personen zwischen Staaten vor, die das Den Haager Abkommen ratifiziert haben.

KANADA

Neue Gesetzgebung für Schifffahrtslotsen

Die kanadische Regierung hat vor kurzem ein Gesetz angenommen, das beachtliche Aenderungen des Status der Schifffahrtslotsen zur Folge hat. Gemäss dem neuen Gesetz steht es den Lotsen frei, zwischen Kontrakt- oder Arbeitnehmerstatus zu wählen. Bisher hatten die Lotsen, abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen, freiberuflichen Status. In Lotsenbereichen, wo die Lotsen sich zugunsten des Kontraktstatus entscheiden, wird die zuständige regionale Behörde mit den Lotsenvereinigungen einen Vertrag über die Bereitstellung von Lotsen abschliessen. Ueber die Verteilung der für Lotsendienste zu zahlenden Gebühren werden die Lotsen selbst entscheiden. Lotsen mit Arbeitnehmerstatus werden uneingeschränkte Kollektivverhandlungsrechte und Anspruch auf eine Rente für öffentliche Bedienstete haben. Diese sehr fortschrittliche Anhebung des Status der Lotsen ist in erster Linie den Bemühungen der der ITF angeschlossenen Canadian Merchant Service Guild zuzuschreiben, die zur genannten Gesetzesvorlage mehrere Abänderungsanträge unterbreitete.

USA

Paritätische Studiengruppen empfehlen umfassende finanzielle Beihilfe für amerikanische Eisenbahnen

Zwei Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Studiengruppen, die vor einem Jahr mit der Untersuchung der Lage der amerikanischen Eisenbahn-

unternehmen beauftragt wurden, sind nach Abschluss ihrer Ermittlungen zu dem Schluss gelangt, dass das Weiterbestehen der amerikanischen Eisenbahnen nur durch eine umfassende finanzielle Beihilfe gewährleistet werden kann. In diesem Zusammenhang wird unter anderem empfohlen, dass der Staat Gelder für die Verbesserung und Instandhaltung der Infrastruktur sowie die Durchführung von Forschungsprojekten bereitstellen und ausserdem finanzielle Garantien leisten sollte, um es den Eisenbahnen zu gestatten, spezifische Verbesserungen und Neuanschaffungen vorzunehmen.

Die in den Studiengruppen vertretenen ITF-Mitgliedsverbände sind: Congress of Railway Unions (CRU), Brotherhood of Railway and Airline Clerks (BRAC) und United Transportation Union (UTU).

Instanz für Förderung der amerikanischen Handelsmarine

Die amerikanischen Schifffahrtsbehörden haben eine neue Instanz gebildet -- National Maritime Council (NMC) genannt -- und mit der Förderung der amerikanischen Handelsmarine beauftragt. Hauptaufgabe des NMC ist es, die Verfrachtung von Import- und Exportgütern auf Schiffen unter amerikanischer Flagge zu ermutigen und die amerikanische Öffentlichkeit von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Handelsmarine zu überzeugen. Dem aus elf Mitgliedern bestehenden NMC gehören die Vorsitzenden von drei ITF-Mitgliedsverbänden an, nämlich: Thomas W. Gleason vom Hafentarbeiterverband ILA, Jesse Calhoun von der Vereinigung der Schiffsmaschinisten (MEBA) und Joseph Curran vom Seeleuteverband (NMU).

GEWERKSCHAFTEN

SCHWEIZ

SEV-Kongress tagt in Davos

Vom 14. bis 16. Juni fand in Davos der 53. Ordentliche Kongress des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes (SEV) statt. Der Kongress nahm eine Reihe wichtiger Entschliessungen an, unter anderem betreffend die Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten des Personals, eine Revision der Amterklassifizierung und des Arbeitsgesetzes, Gleichbehandlung des Personals verschiedener Bundesverwaltungen,

Rationalisierung und Automatisierung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Verkehrspolitik. Die ITF war auf dem Kongress durch Generalsekretär Charles Blyth vertreten, der die Verdienste des ausscheidenden Verbandspräsidenten Hans Düby würdigte. Zum neuen Verbandspräsidenten wurde Werner Meier gewählt (siehe auch unter Personalien).

Weitere Erhöhung der Herbstpauschalzulage des Bundespersonals

Zufolge weiterer Beschlüsse des Nationalrates und Ständerates wurde beschlossen, die vom Bundesrat vorgesehene unterste Zulagenstufe (sfr 500) der Herbstzulage des Bundespersonals zu streichen. Das bedeutet, dass nunmehr alle Bundesbediensteten entweder Anspruch auf eine Pauschalvergütung in Höhe von 600 bzw. 700 Franken (abhängig vom Beschäftigungsort) haben werden. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 6, Seite 52.)

USA

15. Kongress des Seeleuteverbandes SIU

Vorigen Monat tagte in Washington der 15. Kongress des der ITF angeschlossenen amerikanischen Seeleuteverbandes SIU. In einer wichtigen Kongress-Entscheidung verurteilten die 200 Delegierten die wiederholten Versuche der amerikanischen Regierung, die Ergreifung von Streikmassnahmen im Transport und Verkehr zu verbieten. Ein vom Verbandspräsidenten Paul Hall unterbreiteter Bericht über die Rolle der Gewerkschaft im Zusammenhang mit der Erfüllung des neuen amerikanischen Handelsmarine-Gesetzes wurde ebenfalls gutgeheissen.

Amerikanische Piloten und FS-Kontrollbeamten fordern striktere Flugsicherheitsvorschriften

Die US Airline Pilot Association und die Vereinigung des amerikanischen FS-Kontrollpersonals haben in einer gemeinsamen Eingabe an die amerikanische Zivilluftfahrtsbehörde (FAA) auf Einführung einer strikteren Sicherheitskontrolle während des Fluges gedrungen, um das Risiko von Flugzeugzusammenstössen zu reduzieren. Die beiden Gewerkschaften begründen ihre Forderung damit, dass das seit langem angewendete Prinzip des "Fluges auf Sicht" im Hinblick auf das ständig ansteigende Verkehrsvolumen unzulänglich ist.

AUS DER WELT DER ARBEIT

FRANKREICH

Schiffsoffiziere intensivieren Kampagne für höhere Gehälter

Die der ITF angeschlossene Vereinigung der französischen Schiffsoffiziere (FO) hat bekanntgegeben, dass sie ab 14. Juni in Unterstützung von Forderungen auf Verbesserung der Gehälter und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder das Auslaufen französischer Schiffe um jeweils vier Tage zu verzögern beabsichtigt. Bisher wurde das Auslaufen nur um zwei oder drei Tage verzögert. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 6, Seite 53.)

Luftfahrtsstreik vermieden

Die französische Föderation des Flugpersonals (Piloten, Flugingenieure, Stewards und Stewardessen) hat eine gegen die Air France, Air Inter und UTA gerichtete Streikdrohung zurückgezogen, da Verkehrsminister Jean Chamant eine schriftliche Zusicherung gegeben hat, dass sich die von der französischen Regierung geplante Erhöhung der maximalen Flugdienststunden nicht unverzüglich auf die Arbeitszeit des im Dienste der drei Gesellschaften stehenden Flugpersonals auswirken wird. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 6, Seite 50.)

ISRAEL

Blitzstreik des Luftfahrtspersonals

Am 1. Juli führte das israelische Luftfahrtspersonal einen 4-stündigen Blitzstreik durch, weil sich die Regierung geweigert hatte, bestimmte soziale Verbesserungen, die von einem bereits im Mai dieses Jahres unterzeichneten Vertrag vorgesehen werden, zu gewähren. Durch den Streik wurde sowohl der Binnenflugverkehr als auch der internationale Flugverkehr beeinträchtigt.

JAPAN

Erfolgreicher Streik der Eisenbahner um höhere Löhne

Mitglieder zweier der ITF angeschlossener japanischer Eisenbahnerverbände haben einer provisorischen Formel für die Beilegung ihres Arbeitskonfliktes mit den japanischen Staatsbahnen zugestimmt. Dieser Schiedsspruch folgte nach mehrwöchiger "Arbeit nach Vorschrift" und einem dreitägigen Proteststreik der beiden Gewerkschaften. Die genannte Vereinbarung sieht eine Erhöhung der Löhne um 14,26 % rückwirkend ab 1. April dieses Jahres vor.

Lohnerhöhung für Strassentransportarbeiter

Die der ITF angeschlossene All Japan Express Workers' Union hat nach einem viertägigen Streik für ihre im Strassengütertransport beschäftigten Mitglieder einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Löhne um 14,3% vorsieht.

Höhere Löhne für japanische Reisebüroangestellte

Gemäss einer Mitteilung der Japan Travel Bureau Trade Union sind die Löhne ihrer Mitglieder nach Durchführung eines 24-stündigen Streiks um 21 % erhöht worden.

SINGAPUR

Beschäftigungssicherheit für Luftfahrtspersonal

Gemäss einer Mitteilung des der ITF angeschlossenen Verbandes des Zivilluftfahrtspersonals von Singapur (SATU) hat die Geschäftsleitung der Malaysia-Singapore Airlines (MSA) versprochen, die Weiterbeschäftigung des im Dienste dieser Gesellschaft stehenden Personals trotz der Spaltung der Gesellschaft in zwei selbständige Unternehmen zu gewährleisten. Den Mitgliedern der SATU wird es freistehen, entweder in den Dienst der Singapore National Airlines oder den der Malaysia National Airlines zu treten.

SCHWEDEN

Gewerkschaften unterzeichnen neuen Tarifvertrag

Nach langen und schwierigen Verhandlungen hat sich der Schwedische Gewerkschaftsbund mit der Schwedischen Arbeit-

geber-Vereinigung auf die Einzelheiten eines neuen Tarifvertrages für 800.000 schwedische Arbeiter geeinigt. Der von den Tarifpartnern angenommene Schlichtungsvorschlag sieht Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Zulagen um insgesamt 27,9% während der Laufzeit des Vertrages (3 Jahre) vor. Durch die Annahme dieses Schlichtungsvorschlages konnte ein Generalstreik der schwedischen Industriearbeiter vermieden werden.

USA

Neuer Tarifvertrag für AAL-Stewardessen

Die der ITF über den amerikanischen Transportarbeiterverband (TWU) angeschlossene American Air Line Stewards' and Stewardesses' Association hat im Namen ihrer bei American Airlines beschäftigten Mitglieder einen neuen Tarifvertrag unterzeichnet, der folgende Verbesserungen vorsieht:

- Erhöhungen der Grundlöhne um \$ 186 bis \$ 195 pro Monat, je nach Länge der Dienstzeit;
- Anhebung der Aufwandsentschädigung für Verpflegung von \$ 8,91 auf \$ 11,50;
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 3 Wochen nach 5 Dienstjahren, 4 Wochen nach 15 Dienstjahren, und 5 Wochen nach 20 Dienstjahren;
- Einführung eines vom Arbeitgeber gedeckten Planes für kostenlose zahnärztliche Behandlung ab Januar 1972 für Flugbegleiter und Familienangehörige;
und
- Einführung einer verbesserten Rentenversicherung für Flugbegleiter über 25 Jahre, die am 1. Januar 1972 zumindest ein Dienstjahr abgeleistet haben.

PERSONALIEN

ITF-Präsident Hans Düby tritt Ende dieses Jahres von seinem Amt als Präsident des Schweizerischen Eisenbahnverbandes zurück. Er wurde 1954 zum Generalsekretär des SEV bestimmt und ist seit 1960 dessen Präsident. Die ITF und ihre Mitgliedsverbände wünschen ihm einen langen und glücklichen Ruhestand.

Werner Meier, seit 1954 Redakteur der SEV-Verbandszeitschrift "Der Eisenbahner", ist als Nachfolger von Hans Düby zum Präsidenten des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes gewählt worden. Kollege Meier gehört ferner der Geschäftsleitung des Föderativverbandes an und ist Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern.

Luis Joye wurde auf dem kürzlichen Kongress des SEV als Vizepräsident seiner Organisation wiedergewählt.

Hermann Leuenberger, ehemaliger Präsident der schweizerischen Gewerkschaft VHTL, feiert am 15. Juli seinen 70. Geburtstag. Von 1958 bis 1968 war Kollege Leuenberger ferner Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Roger Dekeyzer, Präsident des der ITF angeschlossenen Belgischen Transportarbeiterverbandes (BTB) ist im Juni dieses Jahres in den Ruhestand getreten. 1946 erfolgte seine Ernennung zum Generalsekretär seiner Organisation und drei Jahre später zum Präsidenten. Von 1960 bis 1962 war Roger Dekeyzer Präsident der ITF und ist noch heute Mitglied des ITF-Vorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses, sowie Vorsitzender der ITF-Sektion der Fischer. Er ist ferner ein ehemaliger Vorsitzender der ITF-Sektion der Hafendarbeiter.

Ward Cassiers ist als Nachfolger Dekeyzers zum neuen Präsidenten des Belgischen Transportarbeiterverbandes gewählt worden. Kollege Cassiers war bisher Zentralsekretär der Abteilung Schifffahrt seiner Organisation. Er ist ferner ein aktives Mitglied der ITF-Sektion der Seeleute.

Harm Buiten wird sein Amt als Generalsekretär des IBFG Ende August dieses Jahres aus gesundheitlichen Gründen niederlegen.

Der Kollegin Stina Pettersson, Sekretärin des Schwedischen Handelsarbeiterverbandes (HTF), und dem Kollegen Börje Heggstad, Vizevorsitzender des HTF, ist in Anerkennung ihrer Verdienste das Goldene Abzeichen des HTF verliehen worden.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

- | | | |
|--------------|---|-----------------------------------|
| ITF-Vorstand | - | Wien, 26. und 27. Juli 1971 |
| ITF-Kongress | - | Wien, 28. Juli bis 6. August 1971 |

BEI REDAKTIONSSCHLUSS:

RHODESIEN

Eisenbahnergewerkschaft protestiert gegen geplantes Streikverbot

Die der ITF angeschlossene Rhodesian Railway Associated Workers' Union widersetzt sich zur Zeit mit allen Mitteln dem Versuche der rhodesischen Regierung, die Eisenbahnen des Landes zu einem lebenswichtigen Dienst zu erklären, wodurch Streiks bei den Eisenbahnen gesetzwidrig sein würden. Die Gewerkschaft hat auf die langjährige Wahrung des Arbeitsfriedens bei den Eisenbahnen verwiesen und erklärt, dass durchaus keine Berechtigung für eine Einschränkung ihrer Rechte besteht. Die von der Regierung geplante Gesetzesänderung würde ferner die Verhandlungsrechte stark beeinträchtigen, was vor allem deswegen sehr ernst wäre, weil die Mehrzahl ihrer Mitglieder Afrikaner sind und somit wenig Gelegenheit haben, politischen Druck auszuüben. Die ITF hat dem Verbandsmitgliedern mitgeteilt, dass sie seine Haltung voll unterstützt.

LIBERIEN

Regierung ernennt ersten Schiffs-Sicherheitsinspektor

In Nummer 5 der ITF-Nachrichten haben wir über den geplanten Schiffs-Inspektionsdienst der liberischen Regierung berichtet. Die Hauptaufgabe der Inspektoren würde in der Gewährleistung zulänglicher Navigations- und Befähigungsnormen an Bord liberischer Schiffe bestehen. Der erste Inspektor, Captain Alister Crombie, wird seine Tätigkeit am 1. August 1971 in London aufnehmen und ähnlich befähigte Seeleute sollen in Southampton, Rotterdam und Hamburg stationiert werden. Ferner beabsichtigt die liberische Regierung in New York einen Inspektionsdienst für die amerikanische Ostküste zu eröffnen.

Die ITF ersucht die ihr angeschlossenen Verbände, mit den zuständigen Inspektoren Kontakt aufzunehmen, wenn immer Schwierigkeiten im Zusammenhang mit liberischen Schiffen auftreten. Nach Ansicht der ITF ist der geplante liberische Inspektionsdienst weniger umfassend und gründlich als die Inspektionsdienste der traditionellen Schifffahrtsländer.

WEITERE INFORMATIONEN UEBER
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-
HAELTLICH.

VORRANG DEM OEFFENTLICHEN PERSONEN-NAHVERKEHR

Vom 5. bis 9. Juli fand in der OeTV-Schule in Mosbach (Baden) ein internationales OeTV-Seminar statt, an dem 50 Vertreter europäischer Gewerkschaften des im städtischen Nahverkehr beschäftigten Personals teilnahmen. Gegenstand der Beratungen waren die wichtigsten Probleme im Zusammenhang mit der Bereitstellung zulänglicher öffentlicher Verkehrsdienste in Ballungsgebieten und Stadtregionen. Diese Probleme wurden sowohl unter Bezugnahme auf die jetzigen Betriebsschwierigkeiten in Anbetracht des Verkehrsandranges und der Konkurrenz der Privatwagen erörtert, als auch mit dem Ziele der Erlangung besserer Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Nahverkehr. Besondere Aufmerksamkeit wurde sozialen, politischen und Umweltaspekten zuteil.

Anlässlich dieses Seminars unterbreitete die OeTV auf einer Sonderkonferenz in Bonn am 8. Juli ihre eigenen Vorschläge zur Lösung der Verkehrsprobleme in Ballungsgebieten und Stadtregionen. An dieser Sonderkonferenz nahmen Vertreter der nationalen und lokalen Transportbehörden, städtischer Nahverkehrsunternehmen und wissenschaftliche Experten teil.

Die Hauptpunkte des OeTV-Programmes, das den Titel "Vorrang dem öffentlichen Personen-Nahverkehr" trägt, sind wie folgt:

1. Die chaotischen Verkehrsverhältnisse in Städten und Ballungsgebieten sind das Ergebnis einer falsch programmierten Verkehrspolitik während der letzten 20 Jahre, mit der Folge, dass der gesetzliche Zwang zur Eigenwirtschaftlichkeit eindeutig zu Lasten der Verkehrsnutzer geht.
2. Da bei starker Verkehrsnachfrage nur ein knappes Angebot an Verkehrsfläche vorhanden ist, muss es Aufgabe der Verkehrspolitik sein, die bestmögliche Auslastung der innerstädtischen Infrastruktur sicherzustellen. Das bedeutet eine vorrangige Förderung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs mit dem Ziele einer Strassenentlastung.
3. Gleichzeitig ist eine attraktive Fahrpreisstruktur zu schaffen und die Qualität der öffentlichen Verkehrsdienste ist zu verbessern.
4. Dies bedeutet, dass vom Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit abzugehen und ein Einheitstarif zu schaffen ist, der weit unter den gegenwärtigen Fahrpreisen liegen muss und höchstens 30 Pfennig betragen darf, um Privatwagenfahrer zu ermutigen, sich öffentlicher Verkehrsmitteln zu bedienen.

5. Zu den qualitätspolitischen Massnahmen gehören: höhere Fahrplandichte, grösseres Sitzplatzangebot, eine verbesserte Ausstattung der Fahrzeuge, eigene Fahrspuren für öffentliche Nahverkehrs-Fahrzeuge, und eine dem öffentlichen Nahverkehr Vorrang gebende Verkehrsregelung.

6. Eine öffentliche Finanzierung der städtischen Nahverkehrsdienste wäre durch die volkswirtschaftlichen Ersparnisse sowie durch die der Allgemeinheit daraus entstehenden sozialen Vorteile voll gerechtfertigt.

7. Die betrieblichen Strukturen sind nach den Grundsätzen der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsbedienung zu organisieren. Geeignete Mittel dazu sind: freiwillige Kooperation der Betriebe und Unternehmen, Einrichtung von Verkehrsbündeln, Zusammenschluss zu regionalen Personen-Verkehrsunternehmen.

8. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Nahverkehrsbetrieben sind so zu gestalten, dass die Arbeit in diesen Betrieben als Beruf erstrebenswert ist und bleibt. Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten ist den wachsenden Anforderungen laufend anzupassen. Aufgrund der physischen und psychischen Belastungen infolge spezieller Arbeitsbedingungen, wie z.B. Verkehrsdichte, Schichtarbeit, Dienst zu "ungünstigen" Zeiten, ergibt sich eine Ueberbelastung der Beschäftigten. Aus diesem Grunde sind vorbeugende Massnahmen einzuleiten, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu schützen und zu fördern. Hierzu gehört die Ueberprüfung der derzeitigen Arbeitsbedingungen (Schichtdauer, Lenkzeit, Pausen, Ruhezeiten usw.) nach arbeitsmedizinischen Gesichtspunkten. In regelmässigen Abständen sind ärztliche Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen. Die Altersversorgung ist fortschrittlich zu regeln und vor allem ist im öffentlichen Personen-Nahverkehr ein volles Mitbestimmungsrecht zu verwirklichen.